

ob gerade für eine zielstrebende Finanzplanung in unserem Land ein dauerndes Gremium aus Vertretern des Bundes, der Kantone und der Gemeinden zu schaffen wäre.

Die Forderung des Bundesrates, es sei das Gleichgewicht im Bundeshaushalt auch trotz neuen bedeutenden Aufgaben und trotz den Zollaussfällen, die durch die EFTA und die Kennedy-Runde bedingt sind, aufrecht zu erhalten, hat allgemeine Gültigkeit. Wenn aber neue Einnahmen erzielt werden müssen, dann wird das Parlament seine Zustimmung wohl nur geben können, wenn genaue, ausgewiesene Zahlen vorliegen, und wenn sich der Bund an den Grundsatz hält, dass die direkten Steuern, als die hauptsächlichsten Finanzquellen, den Kantonen und Gemeinden verbleiben. Das verworfene Sofortprogramm hat diesen beiden Forderungen entsprochen. Die Vorlage, die der Bundesrat im Jahre 1969 den Räten unterbreiten wird, hat das gleiche Ziel anzustreben.

Aus den neuesten Verlautbarungen aus dem Bundeshaus konnten wir mit Genugtuung feststellen, dass der Bundesrat gewillt ist, die Voraussetzung für einen langfristigen Finanzausgleich abzuklären. Diese so wichtige Frage ist sachlich und auch politisch mit jeder Finanzordnung aufs engste verknüpft. Sie muss daher mit aller Energie einer Lösung entgegengeführt werden.

d) Den Ausführungen der Richtlinien über die soziale Wohlfahrt kann beigespflichtet werden. Nicht zu befriedigen vermag die alleinstehende Bemerkung über die Gesetzgebung über die Familienzulagen. Die Anpassung der Leistung an die Teuerung ist nur eine Massnahme. Artikel 34quinquies der Bundesverfassung ist heute zum grossen Teil immer noch eine reine Verfassungsbestimmung geblieben. Die Gesetzgebung über die Familienausgleichskassen sollte auf die verschiedenen Gruppen der Selbständigerwerbenden und der Unselbständigerwerbenden ausgedehnt und die Mutterschaftsversicherung einer Verwirklichung entgegengebracht werden.

9. Im übrigen möchte ich nochmals bemerken, dass die überlegten Darlegungen der Richtlinien und die wohlfundierten Ausführungen unseres Herrn Bundespräsidenten das Ziel, das mit der Motion angestrebt wurde, erreichten. Dieser erste Versuch ist ein Erfolg, dem wir mit Dank und Anerkennung beipflichten.

Wenk: Ich gedenke nicht, mitzuhelfen, die Länge unserer Diskussion auf diejenige im Nationalrat zu bringen; es wurde aber etwas über das Verhalten meiner Partei erwähnt, das mich veranlasst, hier eine Klarstellung anzubringen.

Es ist wohl mit Recht diskutiert worden, wie weit die Freiheit beziehungsweise die Loyalitätsverpflichtung einer Regierungspartei reiche. Aber ich möchte doch darauf aufmerksam machen, dass hier zum Teil gefährliche Gedankengänge geäussert wurden. Wenn Sie die theoretischen Hintergründe noch heranziehen wollen, möchte ich Ihnen eine Literaturangabe geben; lesen Sie: Karl Jaspers «Wohin steuert die Bundesrepublik?». Dieser überragend klare Geist hat noch vor der grossen Koalition die Gefahren einer solchen aufgezeigt. Auch uns würden Gefahren drohen, wenn für die Opposition im Lande keine Kanäle mehr bereit sind. Wenn sämtliche Regierungsparteien unseres Landes dazu verpflichtet sind, die Opposition, die Kritik zum Schweigen zu bringen, dann haben wir eine schreckliche Lage, dann ist das Schlagwort der Jungen vom «establishment» wirk-

lich das aktuellste Schlagwort, denn dann wird das Hauptproblem die Kontrolle der Macht. Wir haben noch eine Kontrolle der Macht, sie liegt in Referendum und Initiative; wenn man jungen Leuten verbietet, innerhalb von Parteitag Kritik anzubringen, dann hat man unserem Staat bestimmt keinen Dienst erwiesen. Wir müssen froh sein, dass es noch möglich ist, auf diesem Wege Kritik laut werden zu lassen. Schliesslich müssen ja Initiativen irgendwo «organisiert» werden; und das ist eine anerkannte Aufgabe der Parteien.

Es ist wohl ein Zufall, dass diese Diskussion zeitlich gerade mit unserem Parteitag zusammenfiel; ich möchte allen andern Parteien wünschen, dass sie bei ihren nächsten innerparteilichen Diskussionen ebensoviel Leben feststellen können, wie das die Sozialdemokraten in Basel tun konnten.

Seien wir froh, dass noch Raum ist für die Diskussion; seien wir uns auch bewusst, dass unser Land sowohl im letzten als zu Beginn dieses Jahrhunderts doch sehr viel unserem nördlichen Nachbarn abgeschaut hat, wo die Opposition nie voll zur Anerkennung kam. Wir kannten nie einen «Leader of Her Majesty's opposition»; wir müssen es noch lernen, die Opposition wirklich zu achten als eine ganz wesentliche Funktion innerhalb der Demokratie.

Präsident: Da keine weitere Diskussion gewünscht wird, kann ich die Aussprache über das Regierungsprogramm schliessen. — Die Antwort des Herrn Bundespräsidenten wird morgen zu Beginn unserer Sitzung erfolgen.

Hier wird die Beratung abgebrochen

Ici, le débat est interrompu

Vormittagssitzung vom 26. Juni 1968

Séance du 26 juin 1968, matin

Vorsitz — Présidence: Herr Wipfli

9914. Regierungspolitik. Richtlinien

Politique gouvernementale. Rapport sur les grandes lignes

Siehe Seite 162 hiervor — Voir page 162 ci-devant

Fortsetzung — Suite

Bundespräsident **Spühler:** Einleitung: Ich möchte den Sprechern der verschiedenen Fraktionen in erster Linie für die verständnisvolle und positive Aufnahme der Richtlinien danken. Zwischen der grundsätzlichen Auffassung des Bundesrates und den im Rate abgegebenen Voten besteht — mit Ausnahme desjenigen von Herrn Ständerat Heimann — weder ein Unterschied noch gar ein Gegensatz. Auch Sie sind der Meinung, dass die Richtlinien ein für Bundesrat und Parlament nützliches Arbeitsinstrument und ausserdem eine auch für die Öffentlichkeit wertvolle Uebersicht jener Probleme darstellen, die der Bundesrat in der nächsten Le-

Regierungspolitik. Richtlinien

Politique gouvernementale. Rapport sur les grandes lignes

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1968
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	08
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	9914
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	25.06.1968
Date	
Data	
Seite	162-180
Page	
Pagina	
Ref. No	20 038 885

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.